

Stimmen-Patt: Neue Schulform scheitert knapp

Gemeinschaftsschule findet keine Mehrheit

Von Sarah Kern

Baden-Baden – Mit einem Patt endete gestern Abend die geheime Abstimmung im Gemeinderat über die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule: 19 Anwesende, darunter Oberbürgermeisterin Margret Mergen, sprachen sich dafür aus, 19 dagegen. Damit ist die vergleichsweise neue Schulform, mit deren Einführung die Verwaltung im vergangenen Jahr schon einmal scheiterte, in der Kurstadt erneut vom Tisch.

Da der Vorschlag der Verwaltung keine Mehrheit erhalten hat, wird die Einführung der Schulart nicht beantragt. Der Entscheidung ging eine angeregte Diskussion voraus. Mergen sprach sich dabei ebenso wie Bürgermeister Michael Geggus für die Schulform aus. In einem Schreiben an die CDU-Fraktion hatte Mergen zuvor bedauert, dass die Fraktion die Schulart „aus ihren landespolitischen Erwägungen“ heraus ablehne.

Auf diesen Vorwurf ging Reinhilde Kailbach-Siegle (CDU) in der Sitzung ein: Die CDU treffe eine eigenständige Entscheidung für Baden-Baden. Man orientiere sich an der Ablehnung des Gesamtelternbeirats im vergangenen Jahr. Ähnlich argumentierte Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler). „Wir wollen keine weiteren Experimente“, machte er deut-

lich. Auch Hans Schindler lehnte die Schulform für die FDP ab. Er kritisierte die rot-grüne Bildungspolitik.

Grüne und SPD warfen den Gegnern vor, die Reform aus ideologischen Gründen zu blockieren. Kurt Hochstuhl (SPD) verwies, wie zuvor Bürgermeister Geggus, auf viele im Umland entstehende Gemeinschaftsschulen. Hochstuhl und Beate Böhlen (Grüne) führten zudem den Wunsch der Schulkonferenzen der Theodor-Heuss-Schule (THS) und der Werkrealschule in Lichtental nach einer Gemeinschaftsschule an. In der vergangenen Woche hatte die THS noch einmal für die Schulart geworben (wir berichteten). Die Freien Bürger (FBB) waren sich bei dem Thema nicht einig: Marianne Raven sprach sich im Namen der halben Fraktion vehement für die Gemeinschaftsschule aus, die ein „Angebot auf bessere Betreuung und Förderung“ darstelle. Auch CDU-Stadtrat Werner Löhle kündigte vor der Abstimmung, die auf Antrag Böhlen geheim erfolgte, seine Zustimmung an.

Die Schulform war im Gemeinderat 2014 schon einmal mit den Stimmen von CDU, Freien Wählern und FDP abgelehnt worden. Ein positiver Beschluss hätte laut Verwaltung im Haushaltsjahr 2016 Investitionskosten in Höhe von 1,1 bis 2,2 Millionen Euro nach sich gezogen.